

Informationen des Stadtverbandes 10-2018

Schlechtes Zeugnis für das Schulsystem – Stimmt das überhaupt?

Plakativ fordert der ZEB laut Berichterstattung der Nordsee-Zeitung vom Samstag (20.10.2018) die Rückkehr zum dreigliederigen Schulsystem und die Abschaffung der Inklusion. Vielleicht ist die Erinnerung an das Jahr 2001 schon verblasst. Damals ging ein Aufschrei durch die Republik: Die ersten PISA-Ergebnisse wurden veröffentlicht und sie zeigten eines: Das „bewährte“ deutsche Schulsystem mit den Noten von Anfang an, seiner Vielgliederigkeit, Undurchlässigkeit und dem Mittel des Sitzenbleibens hatte nachweislich versagt – Deutschland war in vielerlei Hinsicht von Spitzenpositionen entfernt... Einzige Ausnahme: Die Kopplung des Schulerfolgs mit der sozialen Herkunft der Kinder war einzigartig hoch.

In diesem Wissen lohnt es sich, hinter die großen Lettern der Schlagzeilen zu schauen. Die eigentliche Aufklärung gibt der ZEB selber: Bei einer Inklusion mit mehr Herzblut, Geld und Personal „wäre das Ergebnis anders ausgefallen“. Das stimmt.

Und es stimmt auch, dass wir mehr „Lehrer mit Qualität“ brauchen. Nur die gibt es derzeit unabhängig vom Schulsystem nicht, weder im Süden noch im Norden. Hier gilt es Druck auf die Politik nach höheren Ausbildungskapazitäten und besseren Arbeitsbedingungen zu machen. Ebenso kann man die Klassengrößen überprüfen und entsprechend des Lernbedarfs zusammenstellen.

Was allerdings nicht stimmt ist, dass durch Noten und Sitzenbleiben ein höheres Lernniveau erreicht wird. „Motivation“ erhalten Kindern, wenn die Lerninhalte ihnen weiterhelfen, die Welt zu verstehen, Noten retten das Bearbeitete bestenfalls bis zum nächsten Test. Der Disput um die Noten ist so alt wie es Noten gibt: Aktuell erhalten Kinder und Eltern schriftliche und mündliche Rückmeldungen über die Lernerfolge ausführlich wie nie zuvor.

Wollte man eine (berechtigte) Kritik an diesen Lern-

entwicklungsdokumenten führen, muss man aber differenzierter nachfragen.

So entpuppen sich so manche Vorschläge als das, was sie sind: untauglich, die Situation zu verbessern. Darauf kommt es aber an!

Man kann die Sorge der Eltern verstehen, schließlich geht es um ihre Kinder. In der Not wird dann auf Rezepte der Vergangenheit zurückgegriffen, die aber auch nicht besser werden, wenn der CDU Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl sie unterstützt. Mindestens diesem geht es in Wahrheit um eine gesellschaftspolitische Weichenstellung. Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist in Bewegung wie lange nicht mehr. Der Kampf um die „richtige“ Bildung ist darin wieder entbrannt. Dabei wird auch der ZEB nicht umhin kommen, sich zu entscheiden. Die Beantwortung wichtiger Fragen dürfte ein Maßstab sein:

- Welche Bedeutung hat eine Behindertenrechtskonvention der UN für den ZEB?
- Soll Geld – statt in eine individuelle Förderung der Kinder - in ein paralleles (Förderschul-)System gegeben werden, um „Wahlfreiheit“ zu ermöglichen?
- Wie parteipolitisch möchte der ZEB sich denn festlegen vor der Wahl 2019?

In diesem Zusammenhang sollte der ZEB auch die Verlässlichkeit seiner Fürsprecher prüfen! Meyer-Heder wird als Kronzeuge eines betroffenen Vaters über eine ganze Seite in der gleichen Ausgabe der Nordsee-Zeitung vorgestellt. Er sollte bei bildungspolitischen Aussagen vorsichtig sein. Seine Partei steht seit der Großen Koalition um die Jahrtausendwende nämlich für eine der größten Kürzungswellen im Bildungsbereich des Landes Bremen.

Informationen des Stadtverbandes 10-2018

Schon `mal vormerken

Mo., 5. November, 18.30 Uhr

Raum 1040 im SFG, Uni Bremen

Veranstaltung „Studierende in die Schule“

Diskussionsveranstaltung mit

Prof. Dr. Hoffmeister, Konrektor Universität Bremen

Angelika Hanauer, Personalrat Schulen Bremen

Bernd Winkelmann, Landesvorstandssprecher GEW Bremen

Stefanie Geue, Masterabsolventin und Vertretungslehrkraft

Matthias Eckardt, Hauptseminarleiter am LIS

In der Veranstaltung wird das Dilemma diskutiert, einerseits Studierende für die Unterrichtsversorgung zu benötigen, andererseits ein qualifizierendes und erfolgreiches Studium zu gewährleisten. Neben einer kritischen Sicht auf die aktuelle Lage sollen Lösungswege aus dem Dilemma aufgezeigt werden.

Mo., 12. November, 16 Uhr

Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus

„A 13 für alle“ - Zur Situation nach Einlegen der Widersprüche

Diese Einladung richtet sich insbesondere an alle Kolleginnen und Kollegen, die mit einer abgeschlossenen Lehrerausbildung und der Besoldung A 12 / E 11 in den Schulen der Stadt Bremerhaven arbeiten. Berichtet wird von Gesprächen mit dem Staatsrat für Finanzen, Henning Lühr, über das weitere Verfahren. Ebenso wird beraten, wie die betroffenen Kolleg*innen ergänzend weiterhin politischen Einfluss nehmen können.

Mi., 5. Dezember, 16 Uhr

Arbeitsnehmerkammer Bremerhaven, Großes Forum

Mitgliederversammlung

mit Frau Prof. Dr. Mechthild Schrooten, Hochschule Bremen

Frau Prof. Schrooten wird den Diskussionsfaden wieder aufnehmen, mit dem sie vor wenigen Jahren die Finanzsituation des Bundeslandes Bremen aufschlüsselte und Konsequenzen für die Bildungsfinanzierung ableitete.

Mit der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen den Bundesländern bzw. dem Bund und den Ländern ab dem Jahre 2020 wird von Seiten der Landesregierung eine deutliche ökonomische Entspannung im Lande Bremen verbunden.